

Bundesamt für Migration BFM  
Abteilung Zulassung Arbeitsmarkt  
Frau Boiana Krantcheva  
Frau Sofia Suter  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

9. August 2012

**Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Mit einer Anpassung der Verordnung über die Zulassung, den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit (VZAE) soll das Cabaret-Tänzerinnen-Statut aufgehoben werden. Es wurde zum Schutz vor Ausbeutung geschaffen und gilt als Ausnahme für die Zulassung von unqualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten. Leider zeigt sich vermehrt, dass das Statut das angestrebte Schutzziel verfehlt. Die EVP begrüsst die Streichung des Tänzerinnen-Statuts aus folgenden Gründen:

- Die EVP teilt die Ansicht des BFM, dass die Schutzwirkung des Statuts zu wenig greift. Aufgrund fehlender Ressourcen in den Kantonen können die Bestimmungen zugunsten der Tänzerinnen nicht ausreichend kontrolliert werden. Der Schutz der Cabaret-Tänzerinnen ist nicht gewährleistet.
- Die Vorzugsbehandlung der Cabaret-Branche bei der Erteilung von Kurzaufenthaltsbewilligungen lässt sich aber nicht rechtfertigen, wenn sich damit kein verbesserter Schutz verbinden lässt.
- Strafrechtliche Untersuchungen haben in zahlreichen Cabarets systematische Unregelmässigkeiten aufgedeckt und Hinweise auf Gesetzesverstösse ergeben. Das Interesse, die rechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Tänzerinnen einzuhalten, ist offenbar nicht so gross, wie die Branchenverbände behaupten.
- Beobachtungen auf der Schweizer Botschaft in Kiew haben offenbar einen organisierten Menschenhandel im Zusammenhang mit den Tänzerinnen-Bewilligungen vermuten lassen.
- Knapp die Hälfte der Kantone wendet das Statut nicht mehr an aus Gründen der mangelnden Kontrollierbarkeit, des zunehmenden Missbrauchs und des steigenden Risikos für Menschenhandel. Keiner der Kantone, welche das Statut nicht mehr anwenden, erwägt derzeit eine Wiedereinführung.

- Die betroffenen Kantone haben nach der Abschaffung keine Verlagerung in die Illegalität festgestellt. Der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen und erotischer Unterhaltung wird durch das Angebot von Sexarbeiterinnen aus den neuen EU-Staaten und der Schweiz genügend entsprochen.
- Die Schweiz ist das einzige Land mit einem speziellen Statut für Cabaret-Tänzerinnen und wurde von der UNO, den USA oder dem Europarat wiederholt dafür kritisiert.

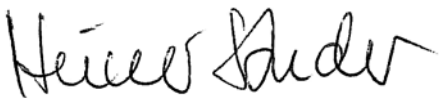
Die EVP begrüsst die verstärkten Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels ausdrücklich, welche die Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts begleiten sollen. Insbesondere die in mehreren Kantonen eingerichteten „runden Tische“ zwischen Polizei, Justiz, Migrationsbehörden und Opferberatungsstellen sollen unterstützt und in ihrer Arbeit aufgewertet werden. In Bereichen, wo Menschenhandel und Ausbeutung wahrscheinlich sind, soll noch stärker dem Opferschutz Vorrang eingeräumt werden gegenüber der Strafverfolgung und Ahndung fremdenrechtlicher Vergehen. Auch begrüsst die EVP die Absicht, die Aufhebung des Statuts mit einer Expertengruppe zu begleiten.

Schliesslich ist es wichtig, dass die schweizerischen Vertretungen im Ausland bereits bei der Visa-Vergabe für das Problem sensibilisiert sind. Bei Frauen, die unter falschen Versprechungen in die Schweiz gelockt wurden und hier Opfer von (sexueller) Ausbeutung geworden sind, soll sich die Schweiz grosszügig zeigen und bei drohender Ausweisung und in Härtefällen menschliche Entscheidungen fällen.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier